



---

## **Ausschuß für Migrationsangelegenheiten**

37. Sitzung (nicht öffentlich)

19. August 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.10 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenograph: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>1</b> | <b>Erhebung zur Situation von ausländischen Kindern und Aussiedlerkindern in Tageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens</b> | <b>1</b> |
|----------|--|----------|

Der Ausschuß führt mit Vertretern/Vertreterinnen des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Sozialpädagogischen Instituts NRW ein Fachgespräch zur "Erhebung zur Situation von ausländischen Kindern und Aussiedlerkindern in Tageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens" durch.

**2 Fakten nennen - Integration fördern**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/3879

7

Der Ausschuß verständigt sich darauf, auf der Grundlage der heutigen Beratung nach Möglichkeit einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu entwickeln. Das weitere Verfahren wird in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses am 16. September weiter geklärt.

**3 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3972

12

Der Ausschuß votiert einstimmig für die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Änderungen, wie sie nach dem Nachtragshaushalt im Kapitel 15 060 vorgesehen sind.

**4 Möglichkeit der Briefwahl bei den Wahlen zu den Ausländerbeiräten**

13

Der Ausschuß verständigt sich darauf, mögliche Initiativen in Richtung eines Briefwahlrechtes bei Ausländerbeiratswahlen im Anschluß an die jetzt anstehenden Ausländerbeiratswahlen zu ergreifen.

**5 Islamische Unterweisung**

Vorlage 12/2748

13

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des MSWWF entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt. Das Thema soll erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden, sobald das Ministerium mit aktuellen weiterführenden Ergebnissen aufwarten kann.

**6 Verschiedenes**a) **Terminplanung 2000**b) **Arbeitsbericht des Landesentrums für Zuwanderung**c) **Sitzung im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest**d) **Reise nach London**e) **Beileidsbekundung des Ausschusses anlässlich der Erdbebenkatastrophe in der Türkei**

Zu den Unterpunkten a) bis e) siehe Seiten 16 und 17 des Diskussions-  
teils.

\*\*\*\*\*



**Jamal Karsli (GRÜNE)** hofft, daß über eine reine Berichterstattung hinaus auch Analysen und kritische Lösungsansätze an die Hand gegeben würden.

**Staatssekretär Dr. Baedeker** widerspricht dem Vorhalt, die Landesregierung wolle mit ihrem Bericht eine Situation schönreden. Das hätte im übrigen überhaupt keinen Sinn, denn die Lebenswirklichkeit dürfe nicht verfälscht werden: die wesentlichen Aspekte, die aus dem Kreis der Abgeordneten angeführt worden seien, würden im Zuwanderungsbericht aufgearbeitet, ohne daß dieser umfassend sein könne. Einmal in der Legislaturperiode ein Zuwanderungsbericht mit den wesentlichen inhaltlichen Fragestellungen, Analysen und Wegweisern plus jährliche Statistiken in einer allgemeinverständlichen Sprache abgefaßt sei eine praktikable Kombination. Trends ließen sich auch an jährlichen Entwicklungen ablesen. Jedes Jahr einen neuen Zuwanderungsbericht zu erstellen, bedeutete im übrigen eine personelle Überforderung. Wesentliche Einzelfragen würden im übrigen in Einzeluntersuchungen abgefragt.

**3 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3972

Die Veränderung in Kapitel 15 060 - Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge - und dort in Titelgruppe 70 betreffend Erstattungen und Zuweisungen an die Gemeinden für Übergangsheime, erklärt **Staatssekretär Dr. Baedeker**, bedeuten eine Anpassung an die tatsächliche Entwicklung der einschlägigen Zahlen. Risiken seien nicht damit verbunden, da es um gesetzliche Ansprüche gehe, die befriedigt werden müßten.

**Georg Gregull (CDU)** kommt in diesem Zusammenhang auf ein Thema zu sprechen, das indirekt mit der in Rede stehenden Problematik zu tun habe: Informationen zufolge, die seine Fraktion erhalten habe, stehe die Bundesaufnahmestelle in Hamm zur Disposition. Der Bund wolle sie zugunsten einer Stelle in Niedersachsen auflösen. Das bereite ihm zum einen deshalb Sorgen, weil die Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen gut angenommen werde und arbeite. Zum anderen ginge mit der Schließung eine strukturelle Schwächung der Belange der Zuwanderer einher, die nicht nachvollziehbar sei. Wie stehe die Landesregierung zu diesem

Thema? Welche Bundeseinrichtungen, die auf diesem Feld tätig seien, existierten in Nordrhein-Westfalen noch?

In der Tat, bestätigt **Staatssekretär Dr. Baedeker**, würden Gespräche mit der Bundesregierung geführt. Diese sei entschlossen, die Einrichtung in Hamm zugunsten von Bramsche in Niedersachsen aufzugeben. Für Nordrhein-Westfalen sei dieser Schritt nicht nachvollziehbar, zumal sich die Arbeitsbedingungen und Unterbringungsmöglichkeiten in Hamm günstiger darstellten als in Bramsche. Die Bundesregierung habe jedoch den Faktor Kosten angeführt und sich deshalb auf Bramsche verlegt. Sollte die Entscheidung des Bundes nicht mehr geändert werden können, wolle sich das Land darauf konzentrieren, das Personal aus Hamm sinnvoll in andere Aktivitäten einzubinden.

#### **4 Möglichkeit der Briefwahl bei den Wahlen zu den Ausländerbeiräten**

**Ministerialrat Plückhahn (Innenministerium)** teilt mit, nach derzeit geltender Rechtslage sei die Briefwahl bei Ausländerbeiratswahlen ausgeschlossen. Auch die kommunalen Spitzenverbände teilten diese Rechtsauffassung.

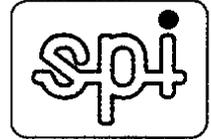
**Vera Dedanwala (SPD)** sieht in diesem Umstand eine Diskriminierung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Eine schnelle Hilfe sei wohl nicht möglich. Sie plädiere deshalb dafür, nach Abschluß und Bewertung der Ausländerbeiratswahlen erneut in die Diskussion einzutreten. Mögliche Initiativen könnten für die nächsten Ausländerbeiratswahlen gestartet werden. - **Georg Gregull (CDU)** spricht sich ebenfalls für eine Wiedervorlage des Themas nach den anstehenden Ausländerbeiratswahlen aus.

#### **5 Islamische Unterweisung**

Vorlage 12/2748

**Ausschußvorsitzende Christiane Bainski** weist zunächst auf die Vorlage 12/2748 hin, die das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung mit Schreiben vom 28. Mai 1999 zur Verfügung gestellt habe.

Sodann erstattet **Ministerialrat Pfaff (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung)** folgenden Sachstandsbericht: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Im Februar/März hat das Ministerium in diesem Ausschuß über den



## **INTERKULTURELLE PÄDAGOGIK: DER BEITRAG DES KINDERGARTENS**

Anmerkungen zur Studie

**„Erhebung zur Situation der ausländischen und Aussiedlerkinder  
in Tageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens“**  
des Deutschen Instituts für Urbanistik, Abt. Köln

anlässlich der Sitzung  
des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten  
des Landtags von Nordrhein-Westfalen  
am 19. August 1999

# Die Zahl ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen

Die DIFU-Studie <sup>1</sup>, die heute auf der Tagesordnung steht, basiert auf einer einmaligen Erhebung in einer Stichprobe. Die landesweite Übertragbarkeit der Ergebnisse ist - nach Aussagen der Studie selbst - nicht endgültig gesichert.

Es liegt daher nahe, die Ergebnisse mit anderen Daten zu vergleichen, wie sie aus der Auswertung der „Meldebögen Tageseinrichtungen für Kinder“ vorliegen. Diese Daten werden kontinuierlich (jährlich) erhoben, und zwar als Vollerhebung in allen Tageseinrichtungen des Landes, nicht nur in einer Stichprobe. Die Daten werden von den Landesjugendämtern jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich erhoben und im SPI auf Landesebene zusammenfassend ausgewertet. <sup>2</sup>

Die Auswertung der Meldebögen bestätigt die Ergebnisse der DIFU-Studie nur teilweise. Als Bestätigung kann die folgende Zeitreihe gewertet werden (vgl. die Abb. auf S.2):

## Der Anteil ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen ist in den letzten Jahren gestiegen und entsprach Ende 1997 fast dem Anteil ausländischer Kinder in der Bevölkerung.

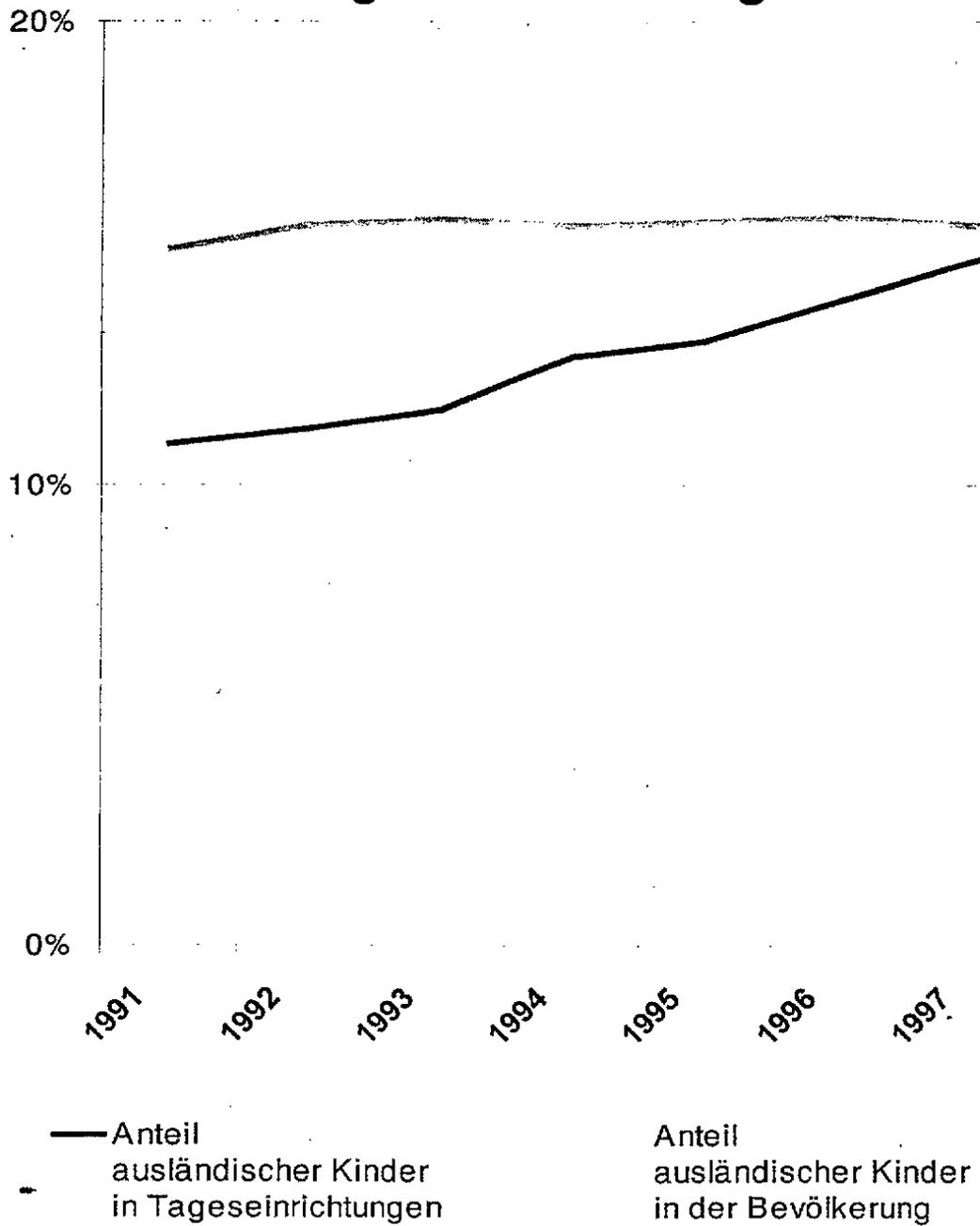
Die Zahlen aus den Meldebögen zeigen, daß mit dem Ausbau des Platzangebotes in den Tageseinrichtungen seit Beginn der 90er Jahre der Anteil ausländischer Kinder in den Einrichtungen kontinuierlich angestiegen ist. Am Stichtag 31. Dezember 1997 lag der Anteil nur noch geringfügig unter dem Prozentsatz ausländischer Kinder in der Bevölkerung:

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Anteil ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen	10,88%	11,19%	11,63%	12,78%	13,07%	13,99%	14,84%
Anteil ausländischer Kinder in der Bevölkerung	15,10%	15,57%	15,69%	15,58%	15,68%	15,73%	15,57%

<sup>1</sup> Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): Erhebung zur Situation der ausländischen und Aussiedlerkinder in Tageseinrichtungen Nordrhein-Westfalens. Unveröffentlichter Ergebnisbericht 1988

<sup>2</sup> Aussiedlerkinder werden in den Meldebögen nicht gesondert erfasst. Eine Analyse der Verteilung auf Einrichtungen verschiedener Trägergruppen war mit dem verfügbaren Datenmaterial nicht möglich.

## Ausländische Kinder in Tageseinrichtungen



© SPI: Auswertung der Meldebögen Tageseinrichtungen für Kinder; Stichtag: 31.12.1997

Eine u.E. notwendige **Differenzierung** ergibt sich jedoch bei einer Aufschlüsselung des insgesamt zur Verfügung stehenden Platzangebotes nach Altersgruppen und Platzart:

## **Bei den Plätzen für Kinder unter 3 Jahren und den Kindergarten-Regelplätzen sind ausländische Kinder jedoch nach wie vor unterrepräsentiert.**

Die Aufschlüsselung zeigt (vgl. die Abb. auf S. 4):

1. Ausländische **Schulkinder** sind häufiger in Tageseinrichtungen zu finden, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde - hier stimmen Meldebogenauswertungen und DIFU-Studie überein.

2. Bei **Kindergarten-Plätzen** ist eine Unterscheidung der Platzarten notwendig:

Etwa ein Viertel der Plätze in nordrhein-westfälischen Einrichtungen sind „Ganztagsplätze“, die einen ganztägigen Aufenthalt der Kinder auch über Mittag vorsehen. Drei Viertel bestehen aus „Regelplätzen“ mit einer Öffnungszeit von (mindestens) fünf Stunden am Vormittag und zwei weiteren Stunden am Nachmittag.

Die differenzierte Auswertung der Meldebogendaten (die DIFU-Studie sah diese Unterscheidung nicht vor) ergibt, daß ausländische Kindergartenkinder auf Ganztagsplätzen leicht überrepräsentiert, auf Regelplätzen dagegen nach wie vor unterrepräsentiert sind.

3. Bei den Plätzen für **Kinder unter 3 Jahren** lassen die Angaben in den Meldebögen nach wie vor erkennen, daß ausländische Kinder gerade zwei Drittel der Plätze einnehmen, die ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würden.

Für die Unterschiede in den Ergebnissen könnte ein methodisches Problem in der DIFU-Studie verantwortlich sein: Hier wurde nicht - wie in den Meldebögen - speziell nach dem Alter der ausländischen Kinder unter 3 Jahren gefragt, sondern nur nach der Gesamtzahl der ausländischen Kinder in den „altersgemischten Gruppen für Kinder im Alter von 4 Monaten bis zum Schuleintritt“. Aus dieser Gesamtzahl wurde dann auf der Basis der generellen durchschnittlichen Altersverteilung in solchen Gruppen (7 Kinder unter 3 Jahren, 8 Kinder im Kindergartenalter) auf die Zahl der ausländischen Kinder unter drei Jahren geschlossen. Dieser Schluss setzt allerdings voraus, daß Alter und Nationalität in keinem statistischen Zusammenhang stehen.

## Grad der Präsenz ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen

Schulkinder 145%

Kindergarten-  
Ganztagsplätze 116%

83% **Kindergarten-  
Regelplätze**

66% **Kinder unter  
3 Jahren**

Jeder Prozentsatz gibt - für den jeweiligen Platztyp - das Verhältnis des Anteils ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen zum Anteil ausländischer Kinder in der Bevölkerung an.

© SPI: Auswertung der Meldebögen Tageseinrichtungen für Kinder; Stichtag: 31.12.1997

### Zusammenfassung:

Die Analyse der „Meldebögen Tageseinrichtungen für Kinder“ zeigt als **Bestätigung** der DIFU-Studie, dass die Zahl ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen *insgesamt* in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist und Ende 1997 fast ein Anteil erreicht war, der dem Prozentsatz ausländischer Kinder in der Bevölkerung entspricht.

Eine *differenzierte* Analyse der „Meldebögen“-Daten weist allerdings auf zwei **Problemfelder** hin, die nach wie vor bestehen:

1. Auf **Kindergarten-Regelplätzen** sind ausländische Kinder - trotz des bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz - noch unterrepräsentiert. Hier sind offenbar weitere Anstrengungen notwendig, um noch mehr ausländischen Familien die Bedeutung dieses Kindergartenangebots und die damit verbundenen Förderungsmöglichkeiten für ihre Kinder näherzubringen.
2. Ausländische **Kinder unter 3 Jahren** sind nach wie vor in Tageseinrichtungen für Kinder relativ selten zu finden. Die Auswertung der Wartelisten in der DIFU-Studie zeigt, daß eine *besonders große* weitere *Nachfrage* nach diesen Plätzen besteht - bei ausländischen wie auch bei deutschen Familien. Dies legt die Frage nahe, wie das Platzangebot in diesem Sektor verbessert werden kann.

# Erzieherische Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder

Im zweiten Teil der DIFU-Studie stand die Gestaltung der pädagogischen Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder im Mittelpunkt. Im Rahmen einer breit angelegten Studie wurden Erzieherinnen gefragt,

- welche **Aktivitäten** und **Angebote** sie durchführen, wenn sich Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Gruppe befinden,
- welche **Ziele** sie dabei anstreben,
- inwieweit eine **Zusammenarbeit mit Eltern** bzw. **Gemeinwesenorientierung** Elemente ihrer pädagogischen Arbeit sind.

Die **Selbsteinschätzungen** der befragten Erzieherinnen zeigen, dass

- sie die pädagogische Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund als Aufgabe wahrnehmen, der sie sich stellen müssen und wollen,
- sie eine Reihe von verschiedenen Aktivitäten und Angeboten sehen und erprobt haben, die Anknüpfungspunkte und Einstiegsmöglichkeiten in eine interkulturell ausgerichtete Pädagogik darstellen, und
- ihnen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Eltern und einer Vernetzung mit anderen Institutionen im Stadtteil („Gemeinwesenorientierung“) bewusst ist.

Auf dieser Basis kann und sollte aufgebaut werden, um sicherzustellen, dass interkulturelle Erziehung

- als **grundlegendes Konzept** verstanden und nicht als punktuell Angebot gesehen wird,
- angesichts der unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Familien mit Migrationshintergrund **spezifisch auf die jeweilige Situation vor Ort zugeschnitten** ist und
- **Gemeinwesenorientierung** und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen als **ständiges Prinzip** im Selbstverständnis der Tageseinrichtungen und der Fachkräfte verankert wird.

Diesen Zielen dient das SPI-Projekt „Interkulturelle Erziehung im Elementarbereich“, das zur Zeit in Zusammenarbeit mit 15 Tageseinrichtungen für Kinder durchgeführt wird.

Ziel des Projektes ist es, die o.g. Prinzipien interkultureller Erziehung mit dem situationsbezogenen Ansatz zu verbinden, der die Grundlage für die pädagogische Arbeit in Kindergärten in Nordrhein-Westfalen darstellt. Inhaltliche Schwerpunkte sind

- die Orientierung der pädagogischen Arbeit an der (Lebens-)Situation des Kindes,
- die Förderung von Zweisprachigkeit,
- die intensive Zusammenarbeit mit Eltern und
- die Öffnung zum Gemeinwesen.

Auf zwei Punkte, in denen das SPI-Projektteam aufgrund seiner Erfahrungen zu einer anderen Einschätzung als die in der DIFU-Studie befragten Erzieherinnen gelangt ist, sei abschließend hingewiesen:

1. In Anbetracht der hohen Anforderungen, die interkulturelle Erziehung an die Persönlichkeit und die fachliche Kompetenz der Erzieherin stellt, erscheinen uns weitere Anstrengungen im Bereich der Aus- und Fortbildung erforderlich.
2. Ohne die Motivation und das hohe Engagement von Erzieherinnen in Frage stellen zu wollen, zeigt die Erfahrung doch, dass intensiv begonnene Aktivitäten nicht immer auch langfristig durchgehalten werden.

So konnte gerade im Bereich der sprachlichen Förderung beobachtet werden, dass nach einer Anfangsphase zu Beginn des Kindergartenbesuchs eine umfassende Förderung der sprachlichen Kompetenzen nur noch eingeschränkt wahrgenommen wird, evtl. sogar unterbleibt.

Daher werden im SPI-Projekt u.a. Arbeitsmaterialien entwickelt, mit deren Hilfe eine Erzieherin ihre Beobachtungen und Aktivitäten dokumentieren, auswerten und selbstkritisch reflektieren kann.

Ein Fazit aus unserer Sicht:

Wir sollten positive Entwicklungen und Ansätze, wie sie in der DIFU-Studie erstmals auf breiter empirischer Basis dokumentiert wurden, als **Ermutigung** ansehen, die nächsten notwendigen Schritte in Richtung einer weiteren Verbesserung zu gehen.

Dies bedeutet für uns, dass die Ergebnisse des SPI-Projektes - zusätzlich zur schriftlichen Publikation - auf verschiedenen Wegen vorgestellt und verbreitet werden sollten, um den Umsetzungsprozess in die pädagogische Praxis zu beschleunigen. Solche Wege könnten sein

- eine Reihe regionaler / lokaler **Fachveranstaltungen**, die einen intensiven Diskurs mit Fachkräften erlauben, ggfs. in Zusammenarbeit mit der Fachberatung durchgeführt,
- die Mitwirkung bei **Fortbildungsveranstaltungen** für Erzieherinnen,
- die Zusammenarbeit mit **Ausbildungsstätten** in Form von Arbeitskreisen.



### ***Erklärung anlässlich der Erdbebenkatastrophe in der Türkei***

Die Erdbebenkatastrophe in der Türkei erfüllt uns alle mit Entsetzen. Wir trauern um die türkischen Kinder, um die Frauen und die Männer, die den Naturgewalten zum Opfer gefallen sind. Täglich steigt ihre Zahl an. Bis heute hat das Erdbeben zirka 18.000 Tote und 43.000 Verletzte gefordert. 30.000 Tote liegen aktuellen Schätzungen zufolge noch unter den Trümmern begraben. Eine endgültige Zahl der Opfer und Verletzten ist nicht abzusehen.

Durch das Erdbeben mit einer Stärke von 7,8 auf der Richterskala haben weitere unzählige Türcinnen und Türken ihre Angehörigen, ihr Obdach und Hab und Gut verloren. Sie leben unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den Straßen ihrer zerstörten Heimatstädte. Ein Nachbeben in der heutigen Nacht hat in Ankara erneut die Menschen in Panik versetzt.

In unserem Land leben etwa 18 Millionen Menschen, davon 2 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. 750.000 hiervon sind Menschen türkischer Abstammung. Dies ist nahezu ein Drittel aller in Deutschland lebenden Menschen türkischer Herkunft. Ein Drittel der 750.000 bei uns lebenden Türcinnen und Türken stammen aus der betroffenen Region der Westtürkei und versuchen seither verzweifelt, Informationen über das Schicksal ihrer Angehörigen zu erhalten. Viele sind eigens in ihre Heimat gereist, um sich vor Ort ein Bild zu machen und auch Hilfe zu leisten.

Nordrhein-Westfalen hat einen großen Teil seiner wirtschaftlichen Entwicklung seit den 50er Jahren auch der Mitarbeit der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verdanken. Wir wollen unsere Trauer und unser Mitgefühl heute der großen Gruppe der Menschen, die aus der Türkei in unser Land kamen und heute unter uns leben, aussprechen.

Auch allen Helferinnen und Helfern der nordrhein-westfälischen Grubenwehr, des Technischen Hilfswerkes, des DRK und der Wohlfahrtsorganisationen sowie den freiwilligen Ärzten, den medizinischen Helfern, den Suchtrupps und den türkischen Hilfsorganisationen, die finanzielle und technische Unterstützung bei der Schadensbeseitigung geleistet haben, wollen wir als Landtag danken. Die inzwischen teils Zurückgekehrten lassen uns nur erahnen, wie groß das menschliche Leid der Hinterbliebenen und der Verletzten ist.

Eine große Zahl von Hilfsgütern wird in diesen Tagen weiter von Türken und Deutschen aus Nordrhein-Westfalen gesammelt und in die betroffenen Teile der Türkei gebracht. Wir danken allen für die Soforthilfe und appellieren an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land, mit ihrer Hilfe für die Selbsthilfe in der Türkei nicht nachzulassen.

Der Landtag empfindet Trauer und Entsetzen im Angesicht dieser Katastrophe. Unsere tiefe Anteilnahme gilt den Angehörigen, den Freunden und den Bekannten der Opfer.